

Studie: Altersarmut trifft besonders alleinstehende Frauen

Das Thema Rente und Altersarmut wird ein Mega-Thema im Bundestagswahlkampf. Dass die Zahl der Betroffenen zum Teil dramatisch ansteigt, zeigt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung. Sie fordert mehr Engagement für die Risikogruppen. Insbesondere alleinstehende Frauen, Menschen ohne Berufsausbildung und Langzeitarbeitslose sind einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge bis zum Jahr 2036 von Altersarmut bedroht.

Insgesamt steigt die Armutsrisikoquote in der Altersgruppe der dann 67-Jährigen in den kommenden Jahren von heute 16 auf 20% an. Bei alleinstehenden Frauen ist die Zunahme stark. Demnach steigt der Anteil der Frauen, die von staatlichen Leistungen abhängig werden, weil ihr Einkommen nicht fürs Leben reicht, von heute 16,2 auf 27,8% im Jahr 2036 an.

Für die Studie, die am Montag vorgestellt werden soll, haben das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Simulationsberechnungen gemacht. Basis sind Haushaltsdaten, mit denen die zukünftigen Alterseinkommen aus gesetzlicher, privater und betrieblicher Altersvorsorge prognostiziert werden. Rentner gelten heute als armutsgefährdet, wenn ihr Netto-Einkommen unter 958 Euro liegt.

Als Ursache für die wachsende Altersarmut sehen die Studien-Autoren zwei Gründe: Die Zunahme von Unterbrechungen im Arbeitsleben und unsichere Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor. Zum anderen sinkt das Rentenniveau durch die demografische Entwicklung und rentenrechtliche Veränderungen kontinuierlich. Nach Auffassung der Stiftung entfalten die zum Ausgleich geschaffenen Instrumente der privaten Altersvorsorge aber nicht die gewünschte Wirkung.

"Wir brauchen weitere Reformen für den Ruhestand: Wenn die Babyboomer-Generation in Rente geht, könnte es zu einem bösen Erwachen kommen. Um das Alterssicherungssystem zukunftsfest zu gestalten, müssen wir es heute an die veränderten Rahmenbedingungen der Arbeitswelt anpassen", so Aart De Geus, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann Stiftung.

Die Ergebnisse der Studien decken sich in vielen Teilen mit dem Alterssicherungsbericht, den die Bundesregierung 2016 veröffentlichte. Darin fordert die Politik die Menschen auf, mehr privat für das Alter vorzusorgen. Nach Ansicht der Bertelsmann-Stiftung aber reicht das bei weitem nicht aus. Christof Schiller, Autor der Studie, fordert eine bessere Integration der Risikogruppen in den Arbeitsmarkt.